

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 21. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 10.09.2018, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Tim Feister

Stefan Hebbel

Ursula Monheim

Rudolf Müller

Vorsitzender

SPD

Heike Bunde

Petra Haase

Wiegand Kuckelkorn

Eva Lux

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

BÜRGERLISTE

Peter Viertel

OP

Petra Goldkamp

PRO NRW

Markus Beisicht

FDP

Friedrich Busch

Soziale Gerechtigkeit

Dietmar Schaller

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Hans Höroldt	Diakonie
Wolfgang Klein	Caritas
Reiner Mathes	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Bernhard Schuster	Behindertenbeirat

Verwaltung:

Alexander Lünenbach	Dezernat III (Bürger, Umwelt u. Soziales)
Bettina Zimmer	Dezernat III (Bürger, Umwelt u. Soziales) Dezernat III - kommunales Integrationszentrum
Susann Peters	
Sabine Willich	Soziales (50)
Birgit Künanz	Medizinischer Dienst (53)
Sabine Rusch-Witthohn	Frauenbüro (03)
Ute Kommoß	Soziales (50)
David Nelson	Soziales (50)

Schriftführung:

Eva-Maria Henßen	Soziales (50)
------------------	---------------

Es fehlen:

CDU

André Forsbach

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zöhre Demirci

DIE LINKE

Hans-Peter Kumpfert

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Dragica Stojanovic

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Manfred Hans	Arbeiterwohlfahrt
Dr. Josef Peters	Deutsches Rotes Kreuz

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	4
2 Niederschriften	4
3 Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 27.07.18 - Nr.: 2018/2406.....	4
4 Satzung des Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) in der Stadt Leverkusen - Nr.: 2018/2390	5
5 Konzept zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz von besonders vulnerablen Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der Stadt Leverkusen - Nr.: 2018/2358.....	5
Bericht des Dezernenten	7
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 6/2018).....	7

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rh. Stefan Hebbel (CDU) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren fest.

Er informiert darüber, dass der allgemeine Punkt „Information zur Situation der Flüchtlinge in Leverkusen“ in der Einladung versehentlich aufgeführt ist und keinerlei inhaltliche Bedeutung für die heutige Sitzung hat. Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden, dass der Punkt ignoriert wird.

2 Niederschriften

Gegen die Niederschrift der 20. Sitzung (18. TA) vom 18.06.2018 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren werden keine Einwendungen erhoben.

3 Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge

- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 27.07.18
- Nr.: 2018/2406

Der Antrag der Linken wurde aufgerufen. Auf Nachfrage von Rh. Busch (FDP) erfolgt eine Diskussion hinsichtlich einer Beteiligung an der Initiative der Rheinschiene (Köln, Bonn und Düsseldorf).

Rf. Bunde (SPD) berichtet über die weitergehende Initiative der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal eines Briefes an die Bundesregierung. Die Stadt Leverkusen wird angefragt, sich an dem Brief des Bergischen Städtedreiecks zu beteiligen.

Nach Aufforderung liest Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) Auszüge aus diesem Brief vor.

Als Signal an den Initiator Solingen/Remscheid sollte dieser kurzfristig erfolgen.

Aufgrund der Kurzfristigkeit wird nach weiterer Diskussion im Ausschuss auf um Vertagung des Antrages in den Rat gebeten.

dafür: 9 (4 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit, 1 FDP)

Enth.: 5 (4 SPD, 1 BÜRGERLISTE)

- 4 Satzung des Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) in der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2018/2390

Rh. Busch (FDP) begrüßt, dass die Arbeit des Behindertenbeirats durch die Satzung gestärkt wird und regt an, die Mitglieder des Beirates mit einem finanziellen Beitrag für die anfallenden Aufwendungen durch die Verwaltung zu unterstützen.

Frau Schalehn (Behindertenbeirat) erläutert kurz, dass es den Behindertenbeirat in Leverkusen bereits seit 1977 gibt, dieser sich jetzt neu aufgestellt hat und nun noch aktiver die Belange der Menschen mit Behinderung aufgreifen und begleiten möchten.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) begrüßt ebenfalls die neue Satzung für den Beirat und sagt zu, die Anregung der finanziellen Unterstützung aufzunehmen und zu prüfen.

Frau Monheim (CDU) gibt jedoch zu bedenken, dass eine finanzielle Unterstützung der Projekte, die durch den Behindertenbeirat angestoßen werden, wichtiger ist.

Die Beschlussempfehlung an den Rat wird unter Berücksichtigung der Ergänzung von Frau Monheim (CDU) und der Zusicherung der Unterstützung durch die Verwaltung abgestimmt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 5 Konzept zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz von besonders vulnerablen Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2018/2358

Herr Nelson (Soziales) aus dem Bereich Unterbringung und Betreuung der Abteilung Migration stellt mittels einer Präsentation das Konzept dem Ausschuss vor.

Nach Beendigung des Vortrags ist der grundsätzliche Tenor der Ausschussmitglieder positiv und das Konzept wird als notwendig begrüßt.

Der Vorsitzende Rh. Stefan Hebbel (CDU) weist darauf hin, dass das Konzept dahin gehend geändert werden sollte, dass die Einschaltung der Polizei bei Straftaten von strafmündigen Kindern ab dem 14. Lebensjahr erfolgt und nicht erst ab dem 18. Lebensjahr.

Rh. Beisicht (PRO NRW) möchte wissen, ob Altersfeststellungen vom Fachbereich Soziales durchgeführt werden. Frau Kommoß (Soziales) erläutert, dass diese Verfahren in die Zuständigkeit des Fachbereichs Kinder und Jugend fallen.

Rh. Busch (FDP) stellt die Frage in den Raum, ob es sich bei dem Konzept nicht um ein allgemeines Konzept für alle in den Unterkünften Lebenden handelt und beantragt das Konzept auf alle auszuweiten und die vulnerablen Gruppen hervorzuheben.

Frau Monheim (CDU) beantragt, dass schwangere allein reisende Frauen ein besonderer Teil der vulnerablen Gruppe ist und dass diese deshalb insbesondere zu benennen sind. Die Verwaltung sichert zu, dass die schwangeren allein reisenden Frauen in der Einleitung speziell genannt werden.

Frau BM Eva Lux (SPD) fragt nach der Einbeziehung des Sicherheitsdienstes der Unterkünfte in das vorliegende Konzept.

Herr Nelson (Soziales) erläutert, dass der Fachbereich Soziales zurzeit ein Konzept speziell für den Einsatz des Sicherheitsdienstes in den Unterkünften entwickelt und dass das Konzept dann auch Teil der nächsten Ausschreibung der Sicherheitsdienstleistung sein wird.

Rh. Schaller (Soziale Gerechtigkeit) möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob es Vorfälle gab, die Anlass für die Erstellung des Konzepts Sicherheitsdienstleistung waren und wie viele das waren.

Es gibt keinen konkreten Vorfall, erläutert Frau Kommoß (Soziales), aber natürlich kommen immer mal wieder Zwischenfälle vor, eine valide Aussage kann dazu allerdings nicht gemacht werden.

Beschluss mit folgenden zu ergänzenden Punkten:

- Das Konzept wird auf alle in den Gemeinschaftsunterkünften Lebenden ausgeweitet, die vulnerablen Gruppen werden hervorgehoben
- Das Einschalten der Polizei bei Straftaten von strafmündigen Kindern (ab 14 Jahren) ist aufzunehmen
- Schwangere allein reisende Frauen sind explizit als Teil der besonders vulnerablen Gruppe zu nennen

dafür: 13 (4 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Soziale Gerechtigkeit, 1 FDP)

Enth.: 1 (PRO NRW)

Bericht des Dezernenten

Sozialbericht

Die Fortschreibung bzw. Neuauflage des Sozialberichts ist das Schwerpunktthema der aktuellen Sozialplanung. Mit dem Kick-off-Workshop „Sozialbericht 2019“, der am 18. Juli 2018 stattgefunden hat, wurden erste Weichen zur Fortschreibung bzw. Neuauflage des Sozialberichtes gestellt.

Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörten die Gesundheitsplanung, Statistikstelle, Frauenbüro, Medizinischer Dienst, Pflegeplanung und -beratung, Fachbereich Soziales, Fachbereich Kinder und Jugend, Fachbereich Schulen, Kommunales Integrationszentrum, Stadtplanung, Suchthilfe, Integrationszentrum, Klimamanagement, Bildungsbüro, Jobcenter und die Wohlfahrtsverbände.

Für Oktober 2018 wird den sozialpolitischen Sprechern das Angebot eines gesonderten Gesprächstermins unterbreitet. Ein erster konkreter Entwurf ist für das erste Quartal 2019 geplant.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 6/2018)

Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Der Vorsitzende Rh. Stefan Hebbel (CDU) schließt die Sitzung gegen 18:20 Uhr.

gez.

Rh. Stefan Hebbel
Vorsitzender

gez.

Eva-Maria Henßen
Schriftführerin